

Vergleich der Listenprogramme für die Europawahl 2024

38 Wahllisten für die Europawahl 2024

38 Listen wurden vom Staatsrat für die Europawahlen am 9. Juni 2024 genehmigt. Zur Erinnerung: Die Wahl wird für einen einzigen, nationalen, Wahlkreis abgehalten, in dem 81 Abgeordnete gewählt werden. Untenstehend werden die Programme der Parteien zusammengefasst, die in aktuellen Umfragen 5% oder mehr erhalten und somit über der in Frankreich gültigen Sperrklausel liegen.

Europäische Institutionen und Verträge

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • Die EZB muss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Reindustrialisierungsbemühungen in ihr EZB-Mandat integrieren • Umwandlung der Europäischen Kommission in ein Generalsekretariat des Rates "ohne Entscheidungsbefugnis oder Gesetzgebungsinitiative". • Einführung eines "Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips" • Förderung der Erklärung der Rechte der Völker und Nationen auf europäischer Ebene. • Widerstand gegen die Erweiterung der Union, insbesondere mit Blick auf "den Balkan, die Türkei und die Ukraine".
Renaissance und Verbündete	<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung des Schengen-Rates in den Europäischen Rat für innere Sicherheit • Schutz des Rechts auf Abtreibung durch Verankerung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union • Schaffung eines demokratischen Schutzschildes gegen ausländische Einflussnahme (Schaffung einer speziellen Einheit auf europäischer Ebene, Verbot der außereuropäischen Finanzierung von Parteien, Abschaffung von Subventionen für Vereinigungen, die die Grundwerte der Union nicht achten) • Einführung transnationaler Listen bei der Europawahl • Qualifizierte Mehrheit (in den Bereichen Sanktionen, Steuern, Rechtsstaatlichkeit, aber nicht GASP) • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament
Parti socialiste - Place publique	<p>Für einen „Vertrag über die demokratische Neugründung der europäischen Institutionen“, insbesondere mit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Initiativrecht für das Europäische Parlament, - die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und den Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit, - Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch die Bürger.
Les Républicains	<p>Widerstand gegen eine weitere Erweiterung der Europäischen Union Beendigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.</p> <p>Verankerung eines Grundsatzes des „wirtschaftlichen Rückschrittsverbots“ (als Gegengewicht zum Grundsatz des „ökologischen Rückschrittsverbots“) sowie eines Grundsatzes der Innovation (als Gegengewicht zum Sparkurs) im europäischen Recht.</p> <p>In Bezug auf die Frage der Zuständigkeiten und des Subsidiaritätsprinzips schlägt die Liste Folgendes vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine allgemeine Überprüfung der europäischen Politikfelder, um den Mehrwert jeder europäischen Initiative zu bewerten und unwirksame Politiken zugunsten der Mitgliedstaaten oder einer verstärkten Zusammenarbeit aufzugeben;

	<ul style="list-style-type: none"> - Den französischen obersten Gerichten die Möglichkeit zu geben, einen Rechtsakt der Europäischen Union oder eine Rechtsprechung des Gerichtshofs aufzuheben, die die Grenzen der der Union durch die Verträge übertragenen Zuständigkeiten nicht beachtet.
Les Verts	<ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union • Einberufung einer Europäischen Verfassungsgebenden Versammlung
La France insoumise	<p>Für die Europäische Zentralbank (EZB) sind die Ziele wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ermächtigung der EZB, „Staatsanleihen direkt zu kaufen, ohne über private Banken zu gehen“; - Wahl des Direktoriums der Bank durch das Europäische Parlament <p>Ende des Lobbyismus, insbesondere durch das Verbot „zusätzlicher Vergütungen von Abgeordneten und europäischen Beamten, die zu Interessenkonflikten führen könnten“ (Geschenke, Reisen usw.), sowie durch die Schaffung einer "unabhängigen ethischen Behörde" zur Überwachung der europäischen Institutionen", durch die Verpflichtung der Abgeordneten, die Liste aller Treffen mit Lobbyvertretern zu veröffentlichen.</p> <p>Schließlich möchte die Liste:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Veröffentlichung aller Abstimmungen der Staatschefs im Europäischen Rat und der Minister im Rat der Europäischen Union, der Abgeordneten des Europäischen Parlaments während der Plenartagungen, im Ausschuss und bei der Amtseinführung des Präsidenten der Europäischen Kommission. Unterstützung der Möglichkeit auf ein europäisches Referendum durch die Senkung des Schwellenwertes auf 500.000 Bürger in 4 Mitgliedstaaten. - Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament - Transnationale Listen für die Europawahlen 2029 - Ratifizierung neuer Verträge "unter Achtung der Souveränität der Völker" durch ein Referendum - „Jede weitere Erweiterung der Europäischen Union, insbesondere in Hinblick auf die Ukraine, abzulehnen, solange die ökologische, soziale, steuerliche und menschenrechtliche Harmonisierung nicht durchgeführt wurde“.
Reconquête	<p>Ablehnung einer weiteren Erweiterung der EU, Stopp des Beitrittsverfahren der Türkei.</p> <p>Darüber hinaus werden folgende Vorschläge unterbreitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die "griechischen, lateinischen und christlichen Wurzeln Europas" in den europäischen Verträgen verankern. - die Kommission abzuschaffen und durch ein Sekretariat zu ersetzen, das dem Europäischen Rat untersteht. - die Gesetzgebungsinitiative an den Rat zurückzugeben, "das Subsidiaritätsprinzip wirklich anzuerkennen" und jede weitere Übertragung von Zuständigkeiten auf die Union abzulehnen.

Europäischer Haushalt und Steuern

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer "echten Kohlenstoffsteuer" an den europäischen Grenzen • Ablehnung jeglicher von der Europäischen Union erhobener Steuern. • Senkung des französischen Nettobeitrags, um "die Senkung der Mehrwertsteuer von 20 % auf 5,5 % auf Energie" zu finanzieren • Ablehnung "der neuen Darlehenszeichnungen der Europäischen Kommission". • Der RN will europäische Strukturhilfen vom Kauf europäischer Produkte abhängig machen und nennt als Beispiel den Kauf von Rüstungsgütern oder Energieinfrastruktur.
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der CO2-Steuer an den europäischen Grenzen (insbesondere auf Autos, den Zement- und Stahlsektor) • Verteidigung einer Mindeststeuer "auf die größten Vermögenswerte innerhalb der G20" • Überprüfung der Funktions- und Finanzierungsmodalitäten für den europäischen Haushalt, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung.
Parti socialiste - Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Vermögenssteuer • Mechanismus der "automatischen Besteuerung von Superprofiten, wenn multinationale Unternehmen in Krisenzeiten ungerechtfertigte Gewinne erzielen".
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltsdisziplin auf europäischer Ebene, • Abschaffung der Rabatte, die mehrere Mitgliedstaaten wie Deutschland und die Niederlande genießen, • Ablehnung einer neuen gemeinsamen Verschuldung und von europäischen Steuern, • bis 2030 4 % des europäischen BIP für Forschung und Innovation (öffentlich und privat) aufwenden.
Les Verts	<ul style="list-style-type: none"> • Besteuerung von Unternehmen, die umweltschädliche Produkte produzieren, bis diese verboten werden. • Einführung einer Steuer für "toxische Schulden" gegenüber Herstellern einführen, um sie für ihre Umweltverschmutzung in der Vergangenheit bezahlen zu lassen, auch wenn sie heute nicht mehr verschmutzen".
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der Maastricht-Kriterien • Streichung der Schulden, die sich aus dem europäischen Konjunkturprogramm ergeben, und Organisation einer "europäischen Konferenz über Staatsschulden auf der Grundlage von Bürgerbefragungen zur Vorbereitung einer ausgehandelten Reorganisation der Staatsschulden". • Ablehnung "der im Rahmen des Europäischen Semesters formulierten Anordnungen der Kommission und des Rates" und der Haushaltskürzungen im Bereich der Sozialversicherung, der Gesundheit und der sozialen Rechte. • Besteuerung der „reichsten und multinationalen“ Unternehmen, darunter eine dauerhafte Steuer auf Superprofite in allen Sektoren, eine Steuer auf Finanztransaktionen, eine europäische Vermögenssteuer, eine Steuer auf "klimaschädliche Praktiken der Ultrareichen und Luxusobjekte" (Yachten, Privatjets) sowie eine Steuer auf Umwelt- und Sozialdumping, eine Kerosinsteuer. • Abschaffung "der Rabatte der reichsten europäischen Staaten", darunter Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Österreich und Schweden. Ziel ist es, 40 Milliarden in 5 Jahren zurückzugewinnen.
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Stopp aller Finanzhilfen der Europäischen Union für die Türkei, • Ablehnung einer europäischen Steuer, • Senkung des jährlichen Beitrag Frankreichs zum europäischen Haushalt um 20 %, • Kürzung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds um 50 % und Abschaffung "der Hälfte der europäischen Agenturen und ungerechtfertigten europäischen Programme"

Wettbewerb, Freihandel & Industrie

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • "Pakt zur Schaffung eines fairen außereuropäischen Wettbewerbs", insbesondere durch die Einführung eines Moratoriums für künftige Freihandelsabkommen und durch die Einhaltung europäischer Normen für Einfuhren (insbesondere für Lebensmittel). • Ausdehnung des Vetorechts von Staaten mit einer Einstimmigkeitsregel • Beendigung des Entsendungsstatus von Arbeitnehmern, Verbot europäischer Hilfen, "die Verlagerungen innerhalb des Binnenmarktes finanzieren", Bekämpfung unfairer Praktiken europäischer Steueroasen.
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz für einen "Souveränitätsfonds, um aus unserer Abhängigkeit" von der Industrie herauszukommen. • Europa-2030-Plan für Energie (Bau kleiner Kernreaktoren innerhalb von 5 Jahren), für Verkehr (Produktion von 10 Millionen umweltfreundlichen Fahrzeugen in Europa bis 2030, Investition in ein "europäisches grünes Flugzeug" usw.), für digitale Technologie (Ziel, 3 der 5 leistungsstärksten Supercomputer der Welt zu haben), für Gesundheit (Investitionen in europäische Impfstoffe), Forschung zu degenerativen Krankheiten und Autismus usw.) und für den Weltraum (europäische Mondmission). Insgesamt würden 1.000 Milliarden Euro über einen gemeinsamen langfristigen Kredit investiert. • Ende des Mercosur-Abkommens, • Annahme einer europäischen Präferenz für das öffentliche Beschaffungswesen, • Verlagerung der Produktion strategischer Arzneimittel nach Europa • Einführung eines europäischen Handelsschutzschilds durch die Einführung automatischer Zölle auf "jeden Zolltarif gegen europäische Unternehmen". • Ausweitung der CO2-Steuer (insbesondere auf Autos, den Zement- und Stahlsektor, ab 2026).
Parti socialiste -Place publique	"Unternehmen, Industrie und Beschäftigung in Europa mit einem "Buy Europe"-Gesetz unterstützen", insbesondere indem das "öffentliche Beschaffungswesen für die europäische Produktion" als Priorität eingestuft wird und der Einkauf von Schlüsselprodukten wie Arzneimitteln gebündelt wird.
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung des Verbots staatlicher Beihilfen für strategische Sektoren, "wenn es notwendig ist, europäische Champions hervorzubringen" • Umsetzung eines Plans "Made in Europe 2030" zur Verlagerung der Produktion nach Europa. Zu diesem Zweck schlägt die Liste die Schaffung eines europäischen Fonds zur Unterstützung der Umwandlung von Brachflächen, die Entwicklung eines Angebots für "Exportkredite/-versicherungen" über die Europäische Investitionsbank, die Einführung einer europäischen Präferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und die Einführung der Gegenseitigkeit "des Zugangs europäischer Unternehmen zu den Märkten für öffentliche Aufträge von Drittländern" vor. • Schutz europäischer Unternehmen vor extraterritorialen Gesetzen bestimmter Drittländer, keine Unterzeichnung neuer Freihandelsabkommen • Einrichtung eines Europäischen Sparkontos (EWR), um die privaten Ersparnisse der privaten Haushalte in strategische Sektoren zu lenken.
Les Verts	
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung der Europäischen Investitionsbank (EIB) in eine "Klimabank". • Infragestellung der strafrechtlichen Verantwortung des Unternehmenschefs in Fällen von Menschenrechtsverletzungen in der globalen Zulieferkette
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • europäische Präferenz, insbesondere bei der Verwendung europäischer Mittel (insbesondere für den Kauf von Militär- und Verteidigungsgütern), • Verschärfung der Einfuhrkontrollen (Gegenseitigkeitsklauseln). • Erhöhung der Zölle (insbesondere auf chinesische Elektrofahrzeuge), • Umsetzung eines Moratoriums für Freihandelsabkommen • Aufhebung der EU-Entsenderichtlinie.

Kaufkraft und Beschäftigung

Rassemblement National	Integration des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und die Reindustrialisierungsbemühungen in das Mandat der Europäischen Zentralbank (EZB)
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines europäischen Weiterbildungs-Kontos • Gegenseitige Anerkennung von Diplomen in Europa. • Bekämpfung von Sozialdumping durch die Einhaltung sozialer Kriterien (insbesondere bei den Löhnen) für den Zugang zu europäischen Mitteln und durch die Unterstützung der Umschulung für die Arbeitsplätze von morgen.

	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der europäischen Hilfe für Wohltätigkeitsorganisationen.
Parti socialiste -Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Abhaltung einer großen europäischen Lohnkonferenz mit dem Ziel, "Lohnunterschiede in Unternehmen mit mehr als 20 Angestellten aufzuheben". • Die Verallgemeinerung einer "lokalen Arbeitsplatzgarantie [...] Millionen neuer Arbeitsplätze in Sektoren zu schaffen, die auf lokaler Ebene nützlich sind, • Schaffung einer Europäischen Behörde für die Kontrolle der Lebensmittelpreise • Verpflichtung jedes Mitgliedstaats, in "mindestens 5 % seines Bestandes an Sozialwohnungen pro Jahr" zu investieren oder diese zu renovieren.
Les Républicains	
Les Verts	<ul style="list-style-type: none"> • "Anerkennung von Berufskrankheiten, die im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung aufgetreten sind", "Schaffung von Rechtsbehelfen für Arbeitnehmer, die Umweltverschmutzung ausgesetzt oder Opfer von Umweltverschmutzung sind", • Umschulung von Arbeitnehmern "hin zu nachhaltigeren Industrien" und "grünen Arbeitsplätzen", • "Stärkung des Gewichts von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in den Leitungsgremien von Unternehmen, die ihre Transformation hin zum ökologischen Wandel und zum Ende giftiger Substanzen durchführen müssen". • Einführung eines "europäischen sozialen Vetorechts", d.h. dass "alle europäischen Rechtsvorschriften mit einer Konsultation der betroffenen Menschen [...] und die Auswirkungen eines Reformprojekts auf die ärmsten 10 % bis 20 % bewertet werden"
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung eines „zulässigen Höchstgehalt, um die Lücke von 1 bis 20 zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gehalt in einem Unternehmen zu begrenzen", • "Stärkung der Befugnisse von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in Unternehmen" • Aufstellung "eines europäischen Asbestsanierungsplan zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer". • Einführung einer "Autonomiezulage" für Jugendliche unter 25 Jahren, die unterhalb der Armutsgrenze leben. • das Einfrieren der Preise für Grundbedürfnisse auf europäischer Ebene, • Verdoppelung des Europäischen Sozialfonds • Verbot unbezahlter Praktika. • "Interrail-Pass für einen Zeitraum von 6 Monaten zwischen 18 und 25 Jahren"
Reconquête	Einrichtung des digitalen Euro-Systems darf nicht an die Stelle herkömmlicher Zahlungen (Bargeld, Schecks) treten.

Einwanderung

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen, Stärkung von Frontex und europäischen Grenzkontrollen. • Beschränkung der Freizügigkeit im Schengen-Raum auf "Staatsangehörige der Mitgliedstaaten". • Abschaffung öffentlicher Subventionen für "Pro-Migranten-NGOs" abschaffen, • Bearbeitung von Asylanträgen direkt in den Herkunftsländern Ausweisung "illegale Einwanderer, Islamisten und ausländische Straftäter". • Entwicklungshilfe davon abhängig machen, "die Menschen in ihren Herkunftsländern zu halten" und "Schlepper zu bekämpfen". • Organisation eines Referendums in Frankreich, um "den Vorrang der französischen Verfassung vor den Entscheidungen europäischer Richter in Einwanderungsangelegenheiten zu bekräftigen".
Renaissance	<p>Bessere Grenzkontrollen, einschließlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch die Anwendung von Filter- und Aufzeichnungsverfahren, - Erhöhung der Zahl der europäischen Grenz- und Küstenwachen auf 30.000, - Aushandlung von Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und den Herkunftsländern über die Rückführung irregulärer Migranten (mit der Einführung von Sanktionsmaßnahmen bei mangelnder Kooperation, einschließlich der Kürzung der erteilten Visa), - Verdoppelung der Zahl der freiwilligen Rückkehrer (Ziel: 200.000 pro Jahr) und - Erteilung von 100 000 vorrangigen Visa in Europa für Berufe mit Fachkräftemangel (insbesondere Forscher und Unternehmer).
Parti socialiste -Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilisierung von "Rettungskräften auf See" und Abschaffung der „Kriminalisierung der Solidarität“. • Einrichtung eines "Mechanismus für die Verteilung von Asylbewerbern auf freiwilliger Basis" • Einführung einer "mehrjährigen Arbeitserlaubnis für Saisonarbeiter bei gleichzeitiger Harmonisierung der Arbeitsvisa-Richtlinien".
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung der Kontrolle der Außengrenzen der Europäischen Union durch Umschichtung unnötiger europäischer Mittel für den Bau physischer Barrieren im Osten (Mauern, Kameras usw.) und den Einsatz von Seestreitkräften im Mittelmeer zur Verhinderung illegaler Einwanderung. • Erhöhung der operativen Kapazität von Frontex von 10 000 auf 30 000 Bedienstete und Umwandlung von Frontex in eine Europäische Agentur für die Rückkehr, um die Politik der Mitgliedstaaten zu begleiten. • Verlagerung der Bearbeitung von Asylanträgen in geschlossene Aufnahmezentren an den Außengrenzen der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit Frontex und der Europäischen Asylagentur, damit diese Maßnahmen von den Staaten umgesetzt werden können. • Einführung einer "Schutzklausel", die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, im Notfall ohne Zustimmung der Europäischen Kommission wieder Kontrollen an den EU-Binnengrenzen einzuführen. • Etablierung einer Liste der "sicheren Herkunftsstaaten" und eine Liste der "sicheren Drittstaaten", mit denen die Europäische Union bei der Steuerung der Migrationsströme zusammenarbeiten kann. • Einrichtung einer echten Schengen-Gruppe auf europäischer Ebene (wie die Eurogruppe) und Festlegung jährlicher und mehrjähriger quantifizierter Ziele und eines Zielpfads zur Verringerung der irregulären Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen und zur Erhöhung der Zahl der Abschiebungen. • Einführung eines "Konditionalitätsschocks" in den diplomatischen Beziehungen der Europäischen Union zu Drittländern. Die Regel muss lauten: keine Entwicklungshilfe und keine Visa für Länder, die kein Rückübernahmeabkommen unterzeichnen oder umsetzen und finanzielle Sanktionen gegen Länder, die nicht bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung oder bei der Rückübernahme kooperieren • Die Zahlung beitragsunabhängiger Sozialleistungen von einem 3-jährigen rechtmäßigen Aufenthalt in der gesamten Europäischen Union abhängig machen und den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, die Familienzusammenführung nach eigenen Regeln durchzuführen.
Les Verts	
La France insoumise	<p>Kampf "gegen das erzwungene Exil". Um dies zu erreichen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • "Verstärkung der Entwicklungshilfe für die Mitgliedstaaten und die Europäische Union, um das historische Ziel von 0,7 % des BNE zu erreichen". • Ersetzung der "mörderischen Frontex-Agentur durch eine europäische zivile Rettungsagentur auf See und an Land zur Unterstützung der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA)".

	<ul style="list-style-type: none"> • "Sanktionierung illegaler Pushbacks auf See und an Land, die von der Frontex-Küstenwache oder den Behörden bestimmter Mitgliedstaaten durchgeführt werden". • "Stärkung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, um die Schleusernetze zu verurteilen, die das Elend der Exilanten ausnutzen". • "Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung vor Gewalt und Verfolgung fliehen, das Recht auf Asyl ermöglichen". • "Verbot der Unterbringung von Minderjährigen, Familien und schutzbedürftigen Personen in Haftanstalten". • "Schaffung eines effektiven Zugangs für Exilanten zu körperlicher und psychischer Versorgung sowie psychosozialer Unterstützung". • "Aufbau eines Programms für die Rückkehr von Flüchtlingen, die dies wünschen, wenn die Situation in ihrem Herkunftsland dies zulässt".
Renconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer "dreifachen Grenze" in Europa, bestehend aus der Wiederherstellung der nationalen Grenzen (mit dem Ende der Freizügigkeit für Nicht-Europäer), einer physischen und militarisierten europäischen Grenze (Marine im Mittelmeer) und einer "Grenze jenseits unserer Grenzen" durch Kooperationsabkommen mit Mittelmeerländern. • Streichung „aller Subventionen für migrantenfreundliche NGOs“ • Abschaffung des Migrationspakts der Europäischen Union und vollständige Überarbeitung des europäischen Asylsystems, insbesondere zur Erleichterung von Abschiebungsverfahren, zur Verweigerung der Verteilung von Migranten zwischen den Mitgliedstaaten und zur Einführung von Knochen-/Zahntests zur Bestimmung des Alters minderjähriger Migranten. • Austritt aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrecht, um die "die Abschiebung von Migranten, die keinen Asylantrag in einer Botschaft gestellt oder mehrere sichere Länder durchquert haben", zu ermöglichen, • Abschaffung der europäischen Richtlinie über die Familienzusammenführung.

Energie- und ökologische Wende

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • Austritt aus dem europäischen Energiemarkt • Schutz des französischen Strommixes durch Ablehnung "jeglicher europäischer Einmischung". Der RN präzisiert insbesondere, dass er gegen "die von der EU auferlegte Liberalisierung der Konzessionen für Wasserkraftwerke und die Entwicklung intermittierender Energien (Windturbinen)" ist. • Förderung der französischen "ökologischen Diplomatie" durch den Export des industriellen Know-hows im Bereich kohlenstofffreier Energie. • Ablehnung des Verkaufsverbots von Autos mit Verbrennungsmotor im Jahr 2035, der Erneuerung des Führerscheins alle 15 Jahre und von Umweltzonen.
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vor 2050 dank Kernenergie und erneuerbaren Energien • Ende des Bezugs von russischer Energie bis 2025. • Aktive Finanzierung eines großen Industrieprojekts von Reaktoren und Fähigkeiten zur Verdreifachung der Kernenergie in willigen europäischen Ländern bis 2050. Halbierung der Pestizide bis 2030, • Verdoppelung der Ressourcen der Europäischen Katastrophenschutzeinheit (insbesondere der Canadairs)
Parti socialiste - Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • „Echte langfristige ökologische und industrielle Planung durch massive Investitionen in grundlegende Sektoren", "in Forschung und Innovation im Dienste des ökologischen Wandels". • Investitionen "um mehr als 70 % erneuerbare Energien zu erreichen [...] den Energieverbrauch in Europa bis 2040 zu senken" und die öffentlichen Subventionen für fossile Brennstoffe zu beenden. • Unterstützung der Entwicklung von Batterien, Wärmepumpen und Sonnenkollektoren mit dem Ziel, bis 2050 1 von 2 Dächern in Europa damit auszustatten. • Finanzierung eines "Klimatickets" (von 49 Euro pro Monat) für Regionalzüge bei gleichzeitiger Verdoppelung der Mittel für den Ausbau öffentlicher Verkehrslinien zwischen mittelgroßen und großen europäischen Städten und Reinvestitionen in den Schienengüterverkehr.
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der Begrenzung des Ziels von 100 % Elektroautos in Europa bis 2035 • Verteidigung der Kernenergie durch die Finanzierung eines großen Programms zum Bau von Kernkraftwerken und durch die Entwicklung des Wasserstoffsektors.

	<ul style="list-style-type: none"> • Reform des europäischen Strommarktes durch „Entkorrelation von Gas- und Strompreisen“. • Vervollständigung der "grünen Barriere" an den Außengrenzen der Europäischen Union • Reform der Richtlinien für schlecht isolierte Gebäude, um sich auf die Kohlendioxidemissionen aus dem Wohnungsbau zu konzentrieren und Anreize anstelle von Verboten zu schaffen, • Einführung einer europäischen Steuer auf Kohlekraftwerke und einer europäischen Steuer auf die Deponierung und die Ausfuhr von Abfällen, • Investitionen in die Entwicklung von Technologien zur Kohlenstoffspeicherung und in die Diversifizierung von Energiequellen, • Festlegung einer europäischen Strategie zur Vermeidung von "mehrjährigen Schadstoffen" und Verbesserung der europäischen Strategie gegen Einwegkunststoffe.
Les Verts	<p>Ein Europa ohne Giftstoffe:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbot von CMR, PBT, PE und Neurotoxinen - Verstärkte Kontrollen chemischer Stoffe auf dem Industriemarkt, - Angleichung der europäischen Luftverschmutzungsnormen an die WHO-Kriterien, - Beschleunigung der Wasserregeneration (Oberflächen- und Grundwasser), - (Null-Schadstoff-Plan der Europäischen Kommission für 2050 - Bürgerkonsultationen in Hinblick auf kontaminierten Gebieten - Entwicklung der "Forschung im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont Europa zur Verbesserung und Stärkung der Dekontaminationstechniken".
La France insoumise	<p>"Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien in Europa" bis 2050 und Kohlenstoffneutralität bis 2040. Um dies zu erreichen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Abschaffung aller Subventionen für fossile Brennstoffe, die Begrenzung europäischer Mittel für die Entwicklung von grünem Wasserstoff und die Aushandlung eines internationalen Vertrags über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe. - Austritt aus dem Kohlenstoffmarkt (EU-EHS) und Angleichung der Emissionsreduktionsziele an das Übereinkommen von Paris bis 2030, unter anderem durch Anwendung des Verursacherprinzips für Unternehmen. - "Regelmäßige Überprüfung der Pläne zur Verringerung der Treibhausgasemissionen auf der Ebene der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedstaaten unter Festlegung verbindlicher jährlicher Ziele". - „Drastische Reduzierung“ des Luftverkehr " durch das Verbot von Flügen innerhalb der Union, wenn es eine Alternative "auf der Schiene von weniger als 4 Stunden" gibt. - Entwicklung von Alternativen zum privaten Pkw und Begrenzung der Größe, des Gewichts und der Abmessungen von SUVs, die nach den europäischen Vorschriften zum Verkauf zugelassen sind. Reform der Umweltzonen, die derzeit "zu tolerant" sind. Etablierung "eines Plans zur Verlagerung der Produktion von Kleinstadtautos in die Europäische Union" und Schaffung einer "Zollbarriere" gegen importierte Fahrzeuge. - "Stopp der von der Europäischen Kommission vorangetriebenen Liquidation von Fret SNCF", Aufhebung der 4 Eisenbahnpakete (Einführung des Wettbewerbs im Schienenverkehr) und Wiederherstellung eines "öffentlichen Eisenbahnmonopols".
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Europäischer Plan von 500 Milliarden Euro zur Wiederbelebung des Kernkraftsektors, • Senkung der Energiesteuern, • Abschaffung der Wettbewerbsregeln auf dem europäischen Strommarkt, um die Stromrechnung der Franzosen zu senken • Wiederaufnahme der Debatte über die Ausbeutung von Schiefergas und Finanzierung der Forschung auf dem französischen und europäischen Meeresboden, • Aufhebung aller Richtlinien und Verordnungen des Green Deal (Klimaneutralität bis 2050, Verbot des Verkaufs von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bis 2035, Farm-to-Fork-Strategie usw.), • Abschaffung jeglicher Finanzierungen für Windkraft und Subventionen für den Kauf von "chinesischer Solarenergie".

Landwirtschaft

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • Verteidigung europäischer Interessen • Verbesserung der Vergütung von Landwirten und Fischer, , insbesondere durch die Beendigung der europäischen Strategie "Vom Hof auf den Tisch" und besserer Zugang zur GAP durch die Landwirte.
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung der Verfahren und Harmonisierung der GAP-bezogenen Kontrollen, • Verabschiedung eines europäischen Egalim (französisches Gesetz, das 2018 verabschiedet wurde), um "das französische Recht zu ergänzen und unseren Landwirten ein angemessenes Einkommen zu gewährleisten".
Parti socialiste - Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der GAP, um "landwirtschaftliche Arbeitsplätze besser zu vergüten [und] die Diversifizierung der Kulturen zu unterstützen", "den Übergang zu landwirtschaftlichen Praktiken zu planen, die Gesundheit und biologische Vielfalt respektieren" • Einführung von "Spiegelmaßnahmen" auf Einfuhren (Einhaltung der europäischen Produktionsstandards).
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung der Landwirtschaft im europäischen Recht als europäisches Allgemeininteresse • Erhöhung des GAP-Budgets, insbesondere der Direktbeihilfen für Landwirte, und Bereitstellung von mehr Mitteln für Forschung und Innovation im Bereich der Alternativen zu Pestiziden und umweltschädlichen Produkten; • Spiegelklauseln in Freihandelsabkommen, und Garantie der Anwendung solcher auch für den Zugang ukrainischer Agrarprodukte. • Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, die Mehrwertsteuersätze anzupassen, um die am wenigsten umweltschädlichen Produkte zu begünstigen, • Bereitstellung europäischer Mittel, um Landwirten zu helfen, energieautark zu werden und die Kohlenstoffspeicherung in Böden auszubauen.
Les Verts	"Ausstieg aus Freihandelsabkommen, die den europäischen Landwirten unlauteren Wettbewerb auferlegen".
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • "Gewährleistung lukrativer Preise" für Landwirte, insbesondere durch: <ul style="list-style-type: none"> - Beendigung der Freihandelsabkommen und Einstellung der Verhandlungen mit dem Mercosur durch die Annahme einer "Schutzklausel gegen unlauteren Wettbewerb" und einer "Hygieneklausel" gegen importierte landwirtschaftliche Produkte. - Reform der GAP, um sie von ökologischen, sozialen und tierschutzbezogenen Zielen abhängig zu machen, Konzentration auf Kleinerzeuger und Förderung von Beihilfen für die Niederlassung von Junglandwirten. - Schaffung eines "Abwicklungsfonds zur Übernahme der landwirtschaftlichen Schulden derjenigen, die sich verpflichten, durch einen Übergangsvertrag auf 100 % Bio umzustellen". • Außerdem: <ul style="list-style-type: none"> - Ziel "100 % Bio bis spätestens 2050" - Verallgemeinerung "des Nutri-Scores in ganz Europa und durch die Integration von Transparenzkriterien für die Herstellung und den Umweltschutz". - Verbot von Glyphosat und Aufstellung eines Plans zum Ausstieg aus synthetischen Pestiziden und chemischen Düngemitteln. - "Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung durch die Festlegung von Garantien für die Verteilung unverkaufter Lebensmittel"
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Ersetzung des Ziels der Ökologisierung durch ein Ziel der Ernährungssouveränität in der GAP • Stopp der Politik der Umstellung auf ökologischen Landbau in Sektoren, die unter Druck stehen, • Abschaffung der Konditionalität der GAP-Beihilfen an die Einhaltung neuer Umweltvorschriften (Brache usw.), • Verteidigung der französischen Ausnahme für die Landwirtschaft, • Moratorium für Freihandelsabkommen mit Kanada, Neuseeland, der Ukraine und Chile (unter anderem durch die Einführung von Gegenseitigkeitsklauseln), • Einführung einer nationalen Priorität bei öffentlichen Aufträgen für die Schulverpflegung und obligatorische Angabe der Herkunft der Zutaten landwirtschaftlicher Produkte.

Sicherheit, Verteidigung und Diplomatie

Rassemblement National	<ul style="list-style-type: none"> • "europäische Fähigkeitsabhängigkeiten ermitteln und zu verringern, • "Förderung der Anschaffung europäischer Ausrüstung und Rüstungsgüter" und "Unterstützung einer europäischen Präferenz bei der Herstellung von Rüstungsgütern".
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Europa "mit Verteidigungshaushalt aufrüsten, die den „Bedrohungen angemessen sind“, Schaffung eines Europäischen Unterstützungsfonds für die Verteidigungsindustrie und der Mobilisierung der Europäischen Investitionsbank. Ziel ist es, 100 Milliarden Euro in den Bereich zu investieren. • Einrichtung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe für "Notfallmissionen" (Evakuierung von Staatsangehörigen, Schutz von Seewegen usw.) Fortsetzung der "diplomatischen Initiativen zugunsten von Frieden und Freiheit in Europa, dem Nahen und Mittleren Osten und langfristige militärische Unterstützung für die Ukraine". • Einrichtung eines Europäischen Rates für innere Sicherheit, Verstärkung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, sowie Austausch von Informationen über radikalisierte Personen in Europa.
Parti socialiste -Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Vorrang "der europäischen Industrie bei Investitionen und Waffenkäufen", • Kontrolle des Europäischen Parlaments bei Waffenexporten • Europäischer Investitionsplan in Höhe von 100 Mrd. EUR für die Verteidigung bei gleichzeitiger Entwicklung der Cybersicherheit und der Regulierung künstlicher Intelligenz. • Unterstützung "der Ukraine durch Waffenlieferung"
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Unterstützung einer europäischen Armee, aber "viel stärkere Zusammenarbeit". • Verdreifachung des Europäischen Verteidigungsfonds, • Aufträge der Europäischen Verteidigungsagentur für europäische Unternehmen • Mehr Mittel für den Militärstab der Europäischen Union, damit er zu einem ständigen Operationszentrum wird. • Schaffung einer "europäischen Säule" der NATO • Massive Unterstützung der Ukraine • zweimonatiger Ausbildungskurs für junge Europäer zu den Herausforderungen der operativen Verteidigung des europäischen Territoriums. Diese Ausbildung erleichtert den Zugang zur Reservistenarbeit oder z.B. zu Stipendien.
Les Verts	Schaffung einer europäischen Armee
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand im Gazastreifen und die Anerkennung des Staates Palästina, insbesondere durch die Unterstützung aller diplomatischen Initiativen und Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Staat Israel sowie der Lieferung von Waffen durch die Mitgliedstaaten. • Verhandlungen über einen Waffenstillstand in der Ukraine, Verurteilung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und Streichung der ukrainischen Schulden, um den Wiederaufbau zu erleichtern. • Anerkennung von Ökozid auf der internationalen Ebene • Einstimmigkeitsprinzip in den Fragen der militärischen Interventionen und der Entsendung von Truppen, „die die Souveränität der Staaten sind.“
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Organisationen, Verbände und Persönlichkeiten, die "an der islamistischen Bewegung teilnehmen", öffentlich aufzulisten, Streichung aller europäischen Mitteln, Verbot der Muslimbruderschaft in Europa. • gegen die Schaffung einer europäischen Armee oder jede gemeinsame Nutzung "der französischen nuklearen Abschreckung und des französischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat".

Individuelle Rechte	
Rassemblement National	
Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in die Europäische Charta der Grundrechte sowie Deckung durch die Europäische Krankenversicherungskarte. • Einführung des Mindestalters von 15 Jahren in sozialen Netzwerken (insbesondere bei Mobiltelefonen standardmäßig mit Kindersicherung) • Verbot von Konversionstherapie in Europa
Parti socialiste -Place publique	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, • Schaffung eines vom Europäischen Parlament gewählten Menschenrechtsbeauftragten (mit einer speziellen Delegation für Jugendliche und Kinder) • Einführung eines europäischen Behindertenausweises, um diese Rechte auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen.
Les Républicains	
Les Verts	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung des Rechts auf Abtreibung und Empfängnisverhütung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Etablierung eines Netzwerks von "Europäischen Frauenhäusern" zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, Verfolgung "eines feministischen Ansatzes in der Drogenpolitik" und Verbot "krebserregender" Substanzen • Kriminalisierung der "Zwangssterilisation von Menschen mit Behinderungen" auf europäischer Ebene • "Garantie dass die Entwicklungspolitik geschlechtsspezifische Besonderheiten berücksichtigt".
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • "Aufnahme des freien und sicheren Zugangs zu Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Grundrechte, um das Recht auf Sexualaufklärung in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu gewährleisten". • "Schaffung eines europäischen Fonds zur Unterstützung feministischer Organisationen in Europa und den Ländern des Südens und Verbot der europäischen Finanzierung von Anti-Choice- und Anti-Rights-Vereinigungen". • "Verbot diskriminierender Marketingtechniken, die darauf abzielen, die Produkte für Frauen in Europa zu erhöhen". • "Gewährleistung der Gleichstellung von LGBTI-Personen, insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung der Rechte von Familien, insbesondere im Bereich der Abstammung" • "Gewährleistung der Kostenerstattung und des Zugangs zu gesundheitsspezifischer Gesundheitsversorgung für Transgender-Personen, wie z. B. Hormonbehandlungen und chirurgische Eingriffe" und "Durchsetzung des Prinzips der Selbstbestimmung der Geschlechter in den Staaten der Europäischen Union, das in der Resolution Nr. 2048 des Europarats von 2015 befürwortet wird". • Verankerung "des Rechts auf ein würdevolles Sterben in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot "europäischer Kampagnen zur Förderung der Woke-Ideologie", • Streichung "jegliche Finanzierung für Wokismus und LGBT-Aktivistinnenvereinigungen ", • Abschaffung der Leihmutterchaft in allen Mitgliedstaaten • Gewährleistung der "größtmöglichen Meinungsfreiheit, ohne politisch korrekte Vorurteile". • Einleitung großer europäischer Kampagnen zur Unterstützung von Familien, die Förderung der Geburtenrate, insbesondere durch die Neuausrichtung des Europäischen Sozialfonds und die "Begrenzung von Erasmus für junge Europäer".

Normen	
Rassemblement National	One In, One Out-Regel für europäische Standards und Festlegung des Ziels, den europäischen Verwaltungsaufwand um -25 % zu reduzieren.
Les Républicains	<ul style="list-style-type: none"> • One In Two Out-Regel für europäische Standards , • Verbindliche Veröffentlichung von Folgenabschätzungen europäischer Projekte, • Verringerung des europäischen öffentlichen Dienstes um 25 % • Moratorium für Normen und ihre Kosten

	<ul style="list-style-type: none"> • Initiativbefugnis zur Abschaffung von Normen im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat
Reconquête	<ul style="list-style-type: none"> • One In Two Out-Regel für europäische Standards , • Verringerung des Verwaltungsaufwands als Priorität für Unternehmen.

Wohnungsbau

Rassemblement National	Lockerung der europäischen Vorschriften für die energetische Sanierung von Gebäuden.
La France insoumise	Recht auf Wohnraum auf europäischer Ebene, insbesondere durch das Verbot von Zwangsräumungen, ohne Umsiedlung, Verabschiedung europäischer Vorschriften zur Einschränkung der Aktivitäten von Plattformen wie Airbnb

Kultur

Renaissance	<ul style="list-style-type: none"> • Etablierung eines Europäischen Kulturpasses, , • Aufbau eines europäischen Netzwerks nationaler Kulturinstitute für die Verbreitung der europäischen Kultur, • Vernetzung aller europäischen Gemeinden bis 2030 • Förderung von E-Sport-Talenten.
La France insoumise	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot der "Übernahme von mehr als 20 % des Kapitals durch dieselbe natürliche oder juristische Person in den wichtigsten Medien- und Kulturbranchen", • "Schaffung einer Europäischen Beobachtungsstelle für die Informationsfreiheit in der Europäischen Union mit einem Warnmechanismus" • "Verpflichtung der Mitgliedstaaten, 1 % der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Unterstützung unabhängiger Medien aufzuwenden".
Reconquête	Nutzung und Umleitung der Mittel des Programms "Kreatives Europa" für die Erhaltung des historischen Kulturerbes.